

**Windkraft um jeden Preis?
Diese Subventionspolitik muss
endlich enden**



**BITTE JEDER DIE AKTUELLE PETITION
IM BUNDESTAG UNTERZEICHNEN:**

**WIR BRAUCHEN 30.000 UNTERSCHRIFTEN
BIS 16.04.2026**

https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2026/_01/_08/Petition_193142.html

Die Debatte über den Ausbau der Windkraft wird in Deutschland seit Jahren mit einer auffälligen moralischen Schärfe geführt.

Wer zustimmt, gilt als zukunftsorientiert. Wer widerspricht, wird schnell als rückständig, unvernünftig oder gar verantwortungslos abgestempelt. Doch hinter dieser aufgeladenen Fassade wächst bei immer mehr Menschen der Eindruck, dass hier etwas grundsätzlich aus dem Ruder gelaufen ist. Denn was offiziell als notwendiger Fortschritt verkauft wird, ist vielerorts nichts anderes als ein politisch aufgeblähtes Fördersystem, das wirtschaftliche Schwächen kaschiert, Natur und Landschaft belastet und die finanziellen Folgen auf die Allgemeinheit abwälzt.

Genau an diesem Punkt setzt die Petition 193142 an, die am 08.01.2026 beim Deutschen Bundestag eingereicht wurde. Sie fordert eine grundlegende Reform der bestehenden Subventionspolitik des Bundes für die Errichtung von Windenergieanlagen. Im Zentrum der Kritik steht vor allem das sogenannte Referenzertragsmodell, also jenes System, das dafür sorgt, dass sich Windkraftanlagen nicht nur an wirklich geeigneten Standorten rechnen, sondern auch dort, wo der Wind von Natur aus kaum ausreicht. Dass ein solches Modell seit Jahren politisch verteidigt wird, ist bezeichnend für eine Energiewendepolitik, die sich immer weiter von wirtschaftlicher Vernunft, naturverträglicher Planung und demokratischer Ehrlichkeit entfernt hat.

Ein Fördersystem gegen jede natürliche Logik

Es gibt Wahrheiten, die so schlicht sind, dass man sich wundern muss, warum sie überhaupt noch ausgesprochen werden müssen. Eine davon lautet: Wo zu wenig Wind weht, dort ist ein Standort für Windenergie nicht geeignet. Diese Einsicht ergibt sich nicht aus Ideologie, sondern aus elementarer Vernunft. Eine Anlage, die an einem schwachwindigen Ort nur deshalb gebaut wird, weil staatliche Förderregeln sie künstlich tragfähig machen, ist kein Erfolg der Energiewende, sondern

ein Beleg für ihre Fehlsteuerung.

Genau das kritisiert die Petition mit bemerkenswerter Klarheit. Das bestehende Fördersystem führt dazu, dass wirtschaftlich ungeeignete Standorte nicht aussortiert, sondern durch politische Mechanismen künstlich aufgewertet werden. Auf dem Papier erscheinen sie rentabel, in der Realität aber nur deshalb, weil ihnen der Staat über Fördermodelle die nötige Wirtschaftlichkeit verschafft. Was also nach Investition und Zukunft klingt, ist bei näherem Hinsehen oft ein staatlich alimentiertes Konstrukt, das unter echten Marktbedingungen nie Bestand hätte.

Das Problem liegt nicht nur in einzelnen Fehlentwicklungen, sondern im Prinzip selbst. Denn wenn der Staat gezielt dort höhere Anreize setzt, wo die natürlichen Voraussetzungen schwach sind, dann wird nicht mehr nach Eignung geplant, sondern gegen sie. Der Ausbau folgt dann nicht länger dem Maßstab von Effizienz und Sinnhaftigkeit, sondern dem politischen Willen, möglichst überall Windkraft durchzusetzen – notfalls auch gegen Natur, Landschaft, Wirtschaftlichkeit und den gesunden Menschenverstand.

Das Referenzertragsmodell als politischer Trick

Das Referenzertragsmodell wird oft technisch und nüchtern beschrieben, als handele es sich um ein sachliches Instrument ohne größere gesellschaftliche Brisanz. Tatsächlich aber ist es eines der zentralen Werkzeuge, mit denen die Ausweitung der Windkraft in immer neue Regionen ermöglicht wurde. Es sorgt dafür, dass Standorte mit geringer Windhöffigkeit besonders begünstigt werden. Je schlechter also die natürlichen Bedingungen, desto stärker greift die politische Korrektur.

Allein darin liegt bereits ein bemerkenswerter Widerspruch.

Was in einer vernünftigen Energiepolitik eigentlich ein Ausschlusskriterium sein müsste – nämlich mangelnder Wind –, wird im deutschen Fördersystem zum Anlass für besondere Unterstützung. Der natürliche Nachteil eines Standortes wird nicht als Grenze anerkannt, sondern durch staatliche Eingriffe kompensiert. Damit wird aus einem objektiv schwachen Standort ein scheinbar wirtschaftlicher. Doch dieser Schein ist teuer erkaufte.

Die Kosten verschwinden ja nicht. Sie werden nur verlagert. Am Ende zahlen nicht die Projektierer den Preis für schlechte Standortentscheidungen, sondern die Allgemeinheit. Stromkunden tragen die Last über höhere Preise, Steuerzahler über staatlich flankierte Fördermechanismen, Kommunen über soziale Konflikte und Bürger vor Ort über den Verlust von Landschaft, Ruhe und gewachsener Lebensqualität. Was also als energiewirtschaftliche Modernisierung verkauft wird, ist in Wahrheit vielfach eine systematische Umverteilung von Belastungen nach unten und von Gewinnen nach oben.

Die große Lebenslüge der Energiewende

Die politische Erzählung lautet seit Jahren, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien alternativlos sei und jede neue Windkraftanlage automatisch einen Fortschritt darstelle. Genau diese vereinfachende Sichtweise hat die Debatte vergiftet. Denn sie tut so, als sei die bloße Zahl neuer Anlagen bereits ein Beweis für Erfolg. Sie fragt nicht mehr ernsthaft danach, wo gebaut wird, mit welcher Effizienz gebaut wird, zu welchem Preis gebaut wird und welche Schäden dabei entstehen.

Diese Verengung ist kein Zufall. Sie ist Teil einer politischen Strategie, die Quantität über Qualität stellt. Hauptsache, es wird gebaut. Hauptsache, die Ausbauzahlen stimmen. Hauptsache, man kann neue Genehmigungen, neue Flächen

und neue Projekte vermelden. Ob ein Standort sinnvoll ist, ob die tatsächliche Stromausbeute den Eingriff rechtfertigt, ob Anwohner überfordert werden und ob Naturgüter dauerhaft geschädigt werden, tritt immer weiter in den Hintergrund.

Gerade darin liegt die große Lebenslüge dieser Politik. Denn eine Energiewende, die sich nur durch immer tiefere Eingriffe, immer größere Subventionslasten und immer mehr politische Schönfärberei aufrechterhalten lässt, ist kein überzeugendes Zukunftsmodell. Sie lebt von der Behauptung, dass jedes Opfer notwendig sei und jede Kritik unseriös. Doch diese Behauptung verliert an Glaubwürdigkeit, je mehr Menschen erleben, wie rücksichtslos vor Ort geplant und wie selektiv über die Folgen gesprochen wird.

Wenn Bürger zahlen und andere profitieren

Der Unmut vieler Menschen entzündet sich nicht allein an den Anlagen selbst, sondern an dem Gefühl, dass hier ein System entstanden ist, in dem Verantwortlichkeiten konsequent verschoben werden. Die Gewinne liegen bei Investoren, Betreibern und Projektentwicklern. Die Lasten dagegen werden sozialisiert. Genau das ist einer der Gründe, warum die Akzeptanz der Windkraftpolitik in vielen Regionen dramatisch sinkt.

Denn die Bürger sehen sehr genau, was passiert. Sie sehen, dass ihre Stromkosten steigen. Sie sehen, dass politische Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg getroffen werden. Sie sehen, dass einst geschützte oder sensible Landschaftsräume zunehmend zur Verfügungsmasse einer ideologisch aufgeladenen Ausbaupolitik werden. Und sie sehen, dass ihre Einwände zwar angehört, aber immer seltener ernst genommen werden.

Besonders bitter ist dabei der moralische Ton, mit dem diese

Politik oft begleitet wird. Wer sich gegen ein Projekt vor der eigenen Haustür wehrt, wird schnell als egoistisch dargestellt. Wer auf Landschaftszerstörung oder mangelnde Wirtschaftlichkeit hinweist, gilt plötzlich als Fortschrittsfeind. Wer Natur schützen will, muss sich rechtfertigen, während diejenigen, die ganze Räume industrialisieren, sich als Bewahrer der Zukunft inszenieren. Diese Verdrehung ist nicht nur arrogant, sondern demokratisch brandgefährlich. Sie zerstört Vertrauen, weil sie berechtigte Kritik nicht widerlegt, sondern diffamiert.

Natur und Landschaft sind keine Verfügungsmasse

Für Bürgerinitiativen wie ProNatur ist die Frage der Subventionspolitik deshalb untrennbar mit dem Schutz von Natur und Landschaft verbunden. Denn Förderlogik bleibt nie abstrakt. Sie setzt sich immer in konkrete Eingriffe um. Jeder künstlich attraktiv gerechnete Standort bedeutet am Ende reale Flächeninanspruchnahme, neue Zuwegungen, Rodungen, Bodenversiegelung, technische Überformung und einen weiteren Verlust an Unberührtheit und Heimatqualität.

Gerade in windschwächeren Regionen ist dieser Widerspruch besonders deutlich. Dort ist der energetische Nutzen häufig begrenzter, während der landschaftliche Schaden umso gravierender ausfällt. Wälder, Höhenzüge, Offenlandschaften und historisch gewachsene Kulturräume werden mit Anlagen überzogen, die sich unter normalen Bedingungen nie hätten durchsetzen können. Der Staat schafft also erst durch seine Förderpolitik die Voraussetzungen dafür, dass Naturzerstörung an ungeeigneten Standorten überhaupt wirtschaftlich interessant wird.

Das ist der eigentliche Skandal. Nicht allein, dass gebaut wird, sondern dass politische Regeln die Zerstörung überhaupt

erst rentabel machen. Natur und Landschaft werden so zum Kollateralschaden einer Politik, die sich selbst als ökologisch bezeichnet, obwohl sie in der Fläche oft genau das Gegenteil bewirkt. Wer den Begriff Nachhaltigkeit ernst nimmt, kann eine solche Praxis nicht verteidigen.

Die Akzeptanzkrise ist hausgemacht

Die politische Klasse beklagt gerne mangelnde Akzeptanz in der Bevölkerung, als handle es sich um ein Kommunikationsproblem. Als müsste man den Menschen nur besser erklären, warum sie Eingriffe in ihre Umgebung hinnehmen sollen. Doch diese Sichtweise ist bequem und falsch. Die Akzeptanzkrise ist nicht das Ergebnis misslungener Öffentlichkeitsarbeit. Sie ist das direkte Resultat einer Politik, die Bürgerinteressen systematisch entwertet und Kritik reflexhaft moralisch abwehrt.

Menschen verlieren nicht deshalb Vertrauen, weil sie Fortschritt grundsätzlich ablehnen. Sie verlieren Vertrauen, wenn sie den Eindruck gewinnen, dass politische Entscheidungen nicht mehr dem Gemeinwohl dienen, sondern einem dogmatischen Ausbauprogramm. Sie verlieren Vertrauen, wenn offensichtliche Widersprüche nicht benannt werden dürfen. Sie verlieren Vertrauen, wenn sie erleben, dass wirtschaftlich fragwürdige Projekte mit großem Nachdruck durchgesetzt werden, obwohl die Belastungen vor Ort enorm sind.

Die **Petition 193142** ist deshalb auch Ausdruck einer tieferen gesellschaftlichen Erschöpfung. Sie macht deutlich, dass immer mehr Bürger nicht länger bereit sind, die offizielle Erzählung widerspruchslös zu akzeptieren. Sie verlangen eine Rückkehr zu Maß, Vernunft und Verantwortlichkeit. Sie verlangen, dass politische Entscheidungen wieder auf nachvollziehbaren Kriterien beruhen und nicht auf der Logik permanenter Förderung.

Eine Reform ist keine Radikalität, sondern überfällig

Es ist bemerkenswert, wie schnell in Deutschland jede grundlegende Kritik an der Windkraftförderung als radikal etikettiert wird. Dabei ist die Forderung der Petition in Wahrheit ausgesprochen moderat. Sie verlangt nichts anderes, als dass Windenergieanlagen dort errichtet werden sollen, wo eine ausreichende Windhöffigkeit besteht und ein wirtschaftlicher Betrieb ohne dauerhafte Subventionierung möglich ist. Das sollte eigentlich selbstverständlich sein.

Denn welche andere Infrastruktur würde man ernsthaft nach dem Prinzip planen, dass fehlende Eignung einfach durch staatliche Dauerhilfe ersetzt wird? In kaum einem anderen Bereich würde man es hinnehmen, dass objektiv schwache Voraussetzungen nicht zum Ausschluss führen, sondern zum Fördervorteil werden. Genau deshalb trifft die Petition einen so empfindlichen Punkt: Sie entlarvt die Windkraftförderung als Bereich, in dem politische Zielvorgaben die Realität längst überlagert haben.

Eine Reform der Subventionspolitik ist daher kein Angriff auf Vernunft, sondern ihre Wiederherstellung. Es geht nicht darum, jede Form von Windenergie pauschal abzulehnen. Es geht darum, endlich wieder zwischen geeigneten und ungeeigneten Standorten zu unterscheiden, zwischen sinnvollen Projekten und künstlich am Leben gehaltenen Vorhaben, zwischen echter Nachhaltigkeit und teuer subventionierter Symbolpolitik.

Schluss mit der Schönfärberei !!!

Die Zeit der politischen Beschwichtigungen muss vorbei sein. Es reicht nicht mehr, immer neue Anlagen mit immer neuen Rechtfertigungen zu versehen, während die finanziellen, ökologischen und sozialen Schäden weiter wachsen. Es reicht nicht, Bürgern Opfer abzuverlangen und ihnen zugleich zu

erklären, sie müssten diese Opfer als Fortschritt verstehen. Es reicht nicht, Naturzerstörung als Klimaschutz zu etikettieren und wirtschaftliche Fehlsteuerung als Erfolgsgeschichte zu verkaufen.

Die **Petition 193142** ist deshalb ein notwendiger Weckruf. Sie erinnert daran, dass auch die Energiewende den Regeln von Vernunft, Ehrlichkeit und Verhältnismäßigkeit unterliegen muss. Ein Fördersystem, das schwachwindige Standorte künstlich attraktiv macht, ist kein Ausdruck intelligenter Politik, sondern ein Symptom politischer Selbstüberschätzung. Wer echte Nachhaltigkeit will, muss aufhören, ungeeignete Projekte mit dem Geld der Allgemeinheit künstlich zu vergolden.

Deutschland braucht keine Windkraft um jeden Preis. Deutschland braucht endlich eine ehrliche Debatte darüber, wo Windenergie sinnvoll ist, wo ihre Grenzen liegen und warum Natur, Landschaft und Bürgerinteressen nicht länger dem Zwang eines ideologisierten Ausbauprogramms geopfert werden dürfen. Genau deshalb verdient diese Petition Aufmerksamkeit, Unterstützung und öffentliche Debatte. Denn sie stellt die Frage, die längst viel zu lange verdrängt wurde: Wie viel Fehlsteuerung will sich dieses Land eigentlich noch leisten?

**BITTE JEDER DIE AKTUELLE PETITION IM
BUNDESTAG UNTERZEICHNEN:**

**WIR BRAUCHEN 30.000 UNTERSCHRIFTEN BIS
16.04.2026**

https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2026/_01/_08/Petition_193142.html

**Wir stehen ein für unsere
Heimat! Sei dabei!**

DEMO GEGEN DEN WINDRADWAHNSINN IN BAYERN

SÖDER KOMMT NACH GEISELHÖRING!



SAVE THE DATE

SAMSTAG, 28.2.2026

START 17:45 UHR

WO: GEISELHÖRINGER HOF

(Straubinger Strasse 5, 94333 Geiselhöring)

**GEGEN WINDINDUSTRIE IM WALD!
UNSERE HEIMAT SCHÜTZEN!**

Weitere Infos unter: www.buergerinitiative-pronatur.de

Sei dabei und unterstütze uns am 28. Februar in Geiselhöring im Kampf gegen die Windparks. Wir als Bürgerinitiative stehen für den Schutz unserer Wälder und unserer Heimat! Wir wollen keine Windräder in unseren Naherholungsgebieten. Jeder ist herzlich eingeladen, friedlich gegen dieses Vorhaben in Geiselhöring, zu demonstrieren.

Wenn Müll zertifiziert ist, ist es kein Müll mehr!

Ernüchternde Nachricht für Natur- und Waldliebhaber:
Fremdkörper in Waldwegen sorgen für Diskussionen

Oberhaselbach/Mengkofen – Mit großer Erwartung hatten viele Naturfreunde die Erneuerung der Waldwege rund um Oberhaselbach und Mengkofen verfolgt. Doch die anfängliche Freude über frisch ausgebaute Wege ist einer deutlichen Ernüchterung gewichen. Grund dafür ist das Material, das beim Ausbau zum Einsatz kam: Bruchmaterial aus einem Abriss, in dem sich nicht nur Schotter, sondern auch Plastikstücke, Metallreste und Glassplitter finden lassen.

Die Bürgerinitiative, die die Arbeiten von Beginn an kritisch begleitete, schlug früh Alarm. „Man sieht mit bloßem Auge, dass hier kein reiner Schotter eingebracht wurde“, sagt ein Sprecher. Tatsächlich berichteten Spaziergänger von sichtbaren Plastik- und Styroporresten zwischen den Steinen.

Über Wochen hinweg prüfte daraufhin das Landratsamt zusammen mit weiteren Behörden die Zertifikate des Materials sowie die ausgeführten Arbeiten vor Ort. Das Ergebnis dürfte viele überraschen: Ein Handlungsbedarf sei nicht gegeben, so das Fazit.

Der Grund: Laut den geltenden Vorschriften sind Fremdstoffe in einem Anteil von bis zu 0,2 Prozent im Schotter zulässig. Ein Mitarbeiter des Landratsamtes erklärte: „Durch die gesetzlich vorgesehene Überprüfung und Zertifizierung wird aus Bauabfall ein ressourcenschonendes Recyclingmaterial. Auch wenn es Anteile von Plastik oder Styropor enthält, darf es in Waldwegen eingesetzt werden.“

Für die Kritiker ist dies jedoch ein fatales Signal. Sie befürchten langfristige Folgen für Natur, Boden und Tiere. „Wir reden ständig über Nachhaltigkeit und Umweltschutz. Aber gleichzeitig erlauben wir, dass Plastik und andere Fremdkörper in unseren Wäldern landen – offiziell abgesegnet durch Behörden“, kommentiert die Bürgerinitiative.

Während die Behörden auf die Einhaltung bestehender Vorschriften verweisen, bleibt bei vielen Waldliebhabern das Gefühl zurück, dass hier zwar nach Recht und Gesetz gehandelt wurde – aber nicht im Sinne der Natur.





**Umweltsünden statt
Klimaschutz: Systematische
Vermüllung an Windpark-
Zufahrten wirft Fragen zur
behördlichen Kontrolle auf**



Wenn grüne Versprechen auf

schmutzige Realität treffen

Grüne Versprechen, schmutzige Realität: Entlang der Zufahrtswege zum sogenannten „Windpark bei Neufahrn“ und bei Martinsbuch offenbart sich ein Bild systematischer Nachlässigkeit, das die Glaubwürdigkeit der gesamten Energiewende-Rhetorik in Frage stellt. Kunststoffreste, Folienreste, Dämmstofffragmente und Metallteile säumen kilometerlange Waldwege – ausgerechnet dort, wo vorbildlicher Umweltschutz praktiziert werden sollte.

Die Ironie könnte größer nicht sein: Projekte, die als Beitrag zum Klimaschutz und zur Nachhaltigkeit beworben werden, hinterlassen eine Spur der Umweltzerstörung, die jeden Nachhaltigkeitsbericht zur Makulatur macht. Was hier sichtbar wird, ist mehr als nur ein ästhetischer Makel oder ein bedauerlicher Einzelfall – es ist der sichtbare, dokumentierte Beweis für das systematische Versagen von Kontrolle, Verantwortung und behördlicher Aufsicht.

Das perfide System der Verantwortungslosigkeit

Besonders perfide: Während kleine Handwerker bei der geringsten Unordnung auf der Baustelle sofort zur Rechenschaft gezogen werden, scheinen Großprojekte der Energiewende unter einem besonderen Schutzschild zu stehen. Als ob der noble Zweck – Klimaschutz – alle Mittel heiligen würde. Als ob Nachhaltigkeit bedeutete, heute den Wald zu vermüllen, um morgen das Klima zu retten.

Diese Doppelmoral durchzieht das gesamte System: Von den Planungsbehörden, die großzügig wegschauen, über die Bauunternehmen, die Kostenoptimierung über Umweltschutz stellen, bis hin zu den Auftraggebern, die sich mit Nachhaltigkeitsbroschüren schmücken, während ihre Baustellen

eine Schneise der Verwüstung hinterlassen.

Windpark bei Neufahrn: Eine Schneise der Nachlässigkeit

Die Dokumentation am „Windpark bei Neufahrn“ liest sich wie ein Lehrbuch für systematisches Umweltversagen. Über elf dokumentierte Fundstellen verteilt sich eine Kette der Nachlässigkeit, die das wahre Gesicht vermeintlich grüner Projekte enthüllt:

Fundstelle 1: Plastikfolienreste, vermutlich von Verpackungen oder Abdeckungen, großflächig im Unterholz verteilt. Die Fragmente haben bereits begonnen, sich in kleinste Teilchen aufzulösen – ein Prozess, der Jahrzehnte dauern wird und das Ökosystem nachhaltig schädigt.

Fundstelle 2: Dämmstofffragmente unterschiedlicher Größe, teilweise bereits von der Witterung zersetzt. Besonders problematisch: Diese Materialien können gesundheitsschädliche Fasern freisetzen, die sowohl für Wildtiere als auch für Erholungssuchende eine Gefahr darstellen.

Fundstelle 3: Metallteile, vermutlich Verschnitt von Bauarbeiten, achtlos in den Seitenstreifen entsorgt. Die scharfen Kanten stellen eine direkte Verletzungsgefahr für Wildtiere dar.

Martinsbuch: Wenn Einzelfälle zum System werden

Auch am Herman (V-Markt Betreiber) Windrad bei Martinsbuch (48.750121, 12.389939) das gleiche Bild: Was als bedauerlicher Einzelfall verkauft wird, entpuppt sich als Teil eines systematischen Problems. Die Fundstelle zeigt eine Mischung aus verschiedenen Abfallarten, die eines gemeinsam haben: Sie

gehören nicht in den Wald.

Fundkoordinaten der Umweltsünden

„Windpark bei Neufahrn“ – Verschmutzungskette:

- 48.767030, 12.155314
- 48.766984, 12.153120
- 48.766909, 12.151685
- 48.764921, 12.149174
- 48.761129, 12.162542
- 48.759452, 12.160997
- 48.754208, 12.160819
- 48.752881, 12.158283
- 48.751576, 12.158027
- 48.751250, 12.157771
- 48.751231, 12.173587

Martinsbuch („Herman“-Windrad):

- 48.750121, 12.389939

Die unsichtbaren Schäden: Was nicht dokumentiert werden kann

Noch problematischer als die sichtbaren Abfälle sind die unsichtbaren Schäden: Mikroplastik, das bereits in den Boden eingedrungen ist. Schadstoffe, die bei der Zersetzung der Materialien freigesetzt werden. Bodenversiegelung durch achtlos abgestellte Baumaschinen. Verdichtung empfindlicher Waldböden durch schwere Transporte auf nicht dafür ausgelegten Wegen.

Diese Schäden lassen sich nicht einfach „wegräumen“ – sie werden das Ökosystem über Jahre und Jahrzehnte belasten. Ein

Kollateralschaden, der in keiner Umweltverträglichkeitsprüfung auftaucht, weil er erst nach Projektabschluss sichtbar wird.

Konkrete Forderungen: Keine Kompromisse mehr

Sofortmaßnahmen: Was jetzt passieren muss

Die dokumentierte Sachlage erfordert nicht nur Konsequenzen – sie schreit nach ihnen. Hier geht es nicht um Verhandlungen oder Kompromisse. Hier geht es um die Durchsetzung geltendem Rechts und den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

1. Vollständige Bestandsaufnahme und Räumung Nicht irgendwann – jetzt: Alle dokumentierten Fundstellen müssen binnen 14 Tagen restlos geräumt werden. Mit vollständiger Dokumentation durch unabhängige Gutachter, lückenloser Fotodokumentation vor, während und nach der Räumung sowie rechtsgültigen Entsorgungsnachweisen für jede einzelne Materialart. Keine Alibiveranstaltung: Die Räumung muss fachgerecht erfolgen, nicht durch schnelles „Wegkehren“ oder oberflächliches Sammeln. Auch bereits fragmentierte Materialien müssen soweit möglich aus dem Ökosystem entfernt werden.
2. Behördliche Vollkontrolle mit Konsequenzen Gemeinsame Task Force: Eine sofortige gemeinsame Begehung aller zuständigen Behörden – Naturschutz, Forst, Bauaufsicht, Umweltamt – ist nicht nur wünschenswert, sondern rechtlich geboten. Diese Begehung muss binnen 7 Tagen nach Bekanntwerden der Dokumentation erfolgen. Öffentliches Protokoll: Das Ergebnis muss in einem öffentlich zugänglichen Protokoll mit konkreten Fristen, Maßnahmen und Verantwortlichkeiten münden. Keine internen Abstimmungen hinter verschlossenen Türen, sondern transparente, nachprüfbare Aufarbeitung. Persönliche Haftung: Die verantwortlichen

Behördenvertreter müssen mit ihrer Unterschrift und ihrem Namen für die Umsetzung der Maßnahmen einstehen. Anonyme Zusagen reichen nicht mehr.

3. Sofortiger Baustopp: Lernen durch Schmerz Alle Arbeiten stoppen: Weitere Bau-, Transport- und Logistikarbeiten müssen sofort gestoppt werden, bis alle dokumentierten Mängel beseitigt sind und ein wasserdichtes Kontrollregime etabliert wurde. Wer nicht sauber arbeiten kann, darf nicht weiterarbeiten. Tägliche Kontrollen: Nach Wiederaufnahme der Arbeiten sind tägliche, unangekündigte Kontrollen durch behördliche Vertreter verpflichtend einzuführen. Die Kosten trägt der Verursacher. Empfindliche Strafen: Vertragsstrafen bei weiteren Verstößen müssen so hoch angesetzt werden, dass Nachlässigkeit teurer wird als Sorgfalt. Ein System, das Pfusch billiger macht als ordentliche Arbeit, ist ein System, das Pfusch fördert.
4. Auflagenverschärfung: Schluss mit dem Schwarzen-Peter-Spiel Glasklare Verantwortlichkeiten: Die Genehmigungsaufgaben müssen nachgeschärft werden. Keine schwammigen Formulierungen mehr, keine Möglichkeiten, Verantwortung zwischen Hauptauftragnehmer, Subunternehmen und Sub-Subunternehmen hin- und herzuschieben. Engmaschige Kontrollen: Wöchentliche Berichtspflicht über alle verwendeten Materialien, deren Transport und Entsorgung. Monatliche Vor-Ort-Kontrollen durch unabhängige Sachverständige. Halbjährliche öffentliche Berichte über den Zustand aller Zufahrtswege und Arbeitsflächen.
5. Radikale Transparenz: Schluss mit dem Amtsgeheimnis Alles auf den Tisch: Sämtliche Genehmigungsaufgaben, Eingriffs- und Ausgleichskonzepte, Umweltverträglichkeitsprüfungen, Kontrollberichte und Mängelmeldungen gehören vollständig und ungekürzt auf die Webseiten der zuständigen Behörden. Bürgerrecht auf Information: Bürger haben das Recht zu erfahren, was in ihrem Namen, auf ihrem Grund und Boden und mit ihren

Steuergeldern genehmigt wird. Informationsfreiheit ist kein Gnadenakt der Verwaltung, sondern ein Grundrecht.

Die rechtliche Dimension: Wenn Gesetze zur Makulatur werden

Kreislaufwirtschaftsgesetz: Klare Regeln, schwache Durchsetzung

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) kennt keine Ausnahmen für vermeintlich klimafreundliche Projekte. § 7 KrWG verpflichtet jeden Abfallerzeuger zur ordnungsgemäßen Sammlung, Beförderung und Entsorgung seiner Abfälle. § 69 KrWG sieht für Verstöße Bußgelder bis zu 100.000 Euro vor – pro Verstoß, wohlgemerkt.

Die Realität: Diese Bestimmungen werden bei Windkraftprojekten systematisch ignoriert. Als ob der noble Zweck – Klimaschutz – alle Mittel heiligen würde. Als ob Gesetze nur für die kleinen Leute gelten würden.

Der Skandal: Während ein Handwerker, der eine Zigarettenstummel achtlos wegwirft, sofort belangt wird, können Millionen-Projekte der Energiewende offenbar tonnenweise Müll in der Landschaft verteilen, ohne dass jemand einschreitet.

Bayerisches Naturschutzgesetz: Papier ist geduldig

Art. 23 des Bayerischen Naturschutzgesetzes (BayNatSchG) verbietet ausdrücklich „Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft“. Art. 57 BayNatSchG sieht für Verstöße Bußgelder bis zu 50.000 Euro vor.

Die Perversion: Vermüllte Waldwege werden von den zuständigen

Behörden nicht als „Beeinträchtigung“ gewertet, sondern als „unvermeidbare Begleiterscheinung“ verharmlost. Ein Waldbesitzer, der seine Fläche so behandeln würde, bekäme sofort Besuch vom Amt.

Bayerisches Waldgesetz: Der Wald als Verfügungsmasse

Das Bayerische Waldgesetz (BayWaldG) stellt in Art. 1 die Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktion des Waldes unter besonderen Schutz. Art. 13 BayWaldG regelt die Benutzung von Waldwegen ausdrücklich und eng.

Die Praxis: Waldwege werden zu Industrie-Umschlagplätzen umfunktioniert, ohne dass die besonderen Schutzbestimmungen für den Wald beachtet werden. Schwere Transporte verdichten empfindliche Waldböden, Materialverluste vergiften das Ökosystem, Lärm und Erschütterung vertreiben die Tierwelt.

Eingriffs-/Ausgleichsregelung: Greenwashing mit System

Die bayerische Eingriffs-/Ausgleichsregelung predigt seit Jahren „Bauen im Einklang mit Natur und Landschaft“. Der offizielle Leitfaden ist voller schöner Worte über Vermeidung, Minderung und Ausgleich.

Die Wahrheit: Eine zufahrtsbegleitende Plastikspur passt zu diesem „Einklang“ wie eine Motorsäge zum Vogelschutzgebiet. Wer ernsthaft von Einklang spricht, muss proaktiv aufräumen und vorsorgen, damit gar nichts erst im Wald landet.













UVP-Pflicht: Wenn Prüfungen zur Farce werden

Bei größeren Windenergievorhaben greifen nach Anlage 1 UVPG Pflichten zur Umweltverträglichkeitsprüfung oder zumindest zur Vorprüfung des Einzelfalls. Diese Prüfungen sollen sicherstellen, dass alle Umweltauswirkungen erkannt, bewertet und minimiert werden.

Der Offenbarungseid: Wenn schon bei der simplen Disziplin „Abfalllogistik“ so eklatant versagt wird, stellt sich die Frage: Mit welcher Gründlichkeit werden die komplexeren Prüfaufgaben wie Artenschutz, Lärmschutz oder Landschaftsbild abgearbeitet?

Wenn ein Projekt nicht einmal in der Lage ist, seinen eigenen Müll ordentlich zu entsorgen, welche Glaubwürdigkeit haben dann die aufwendigen Gutachten über Fledermausschutz oder Vogelzug? Nachweise statt Narrative – darauf kommt es an.

Die ökologischen Folgen: Schäden für Generationen

Mikroplastik: Die unsichtbare Zeitbombe

Die sichtbaren Abfälle sind nur die Spitze des Eisbergs. Viel problematischer sind die unsichtbaren Folgen: Kunststoffe zerfallen unter Witterungseinflüssen in immer kleinere Fragmente, bis sie als Mikroplastik in die Nahrungskette gelangen.

Der Teufelskreis: Diese Mikroplastikpartikel werden von Bodenorganismen aufgenommen, gelangen über Pflanzen in Pflanzenfresser und von dort in Fleischfresser. Am Ende der Nahrungskette steht der Mensch – und konsumiert das Mikroplastik aus „seinen“ nachhaltigen Energieprojekten.

Die Zeitdimension: Während die Windräder nach 20-25 Jahren wieder abgebaut werden, verbleibt das Mikroplastik für Jahrhunderte im Ökosystem. Eine Hypothek auf die Zukunft, die in keiner Klimabilanz auftaucht.

Bodenversiegelung und Verdichtung: Schleichender Tod des Waldbodens

Waldböden sind über Jahrhunderte oder Jahrtausende gewachsene, hochkomplexe Ökosysteme. Ihre Struktur ist darauf angewiesen, dass Wasser, Luft und Nährstoffe frei zirkulieren können.

Die Zerstörung: Schwere Transporte verdichten diese empfindlichen Böden irreversibel. Das Porensystem kollabiert, Wasser kann nicht mehr versickern, Luftaustausch findet nicht mehr statt. Der Boden stirbt – und mit ihm alle Organismen, die von ihm leben.

Die Folgen: Verdichtete Böden können ihrer Funktion als Wasserspeicher und CO₂-Senke nicht mehr nachkommen. Ausgerechnet Klimaschutzprojekte zerstören damit eine der wichtigsten natürlichen Klimaschutzfunktionen.

Fragmentierung von Lebensräumen: Zerschneidung der Wildnis

Waldwege sind für viele Wildtiere natürliche Barrieren. Werden sie zu Industriestraßen ausgebaut und mit Müll gesäumt, wirken sie wie unüberwindbare Grenzen.

Die Isolation: Populationen werden isoliert, Genaustausch wird verhindert, lokale Inzucht programmiert. Besonders bedrohte Arten, die ohnehin nur noch in kleinen Restpopulationen vorkommen, werden so zusätzlich gefährdet.

Der Dominoeffekt: Das Verschwinden einer Art löst Kettenreaktionen aus, die das gesamte Ökosystem destabilisieren können. Ein Windpark mag klimafreundlich sein

– aber ein toter Wald speichert kein CO₂ mehr.

Behördliches Versagen: Wenn Kontrolleure wegsehen

Die Untere Naturschutzbehörde: Schutz durch Wegsehen?

Die Untere Naturschutzbehörde des Landratsamts Straubing-Bogen ist nach bayerischem Recht die zuständige Vollzugsbehörde für den Naturschutz vor Ort. Ihre Aufgabe ist es, Verstöße gegen das Naturschutzrecht zu ahnden und die Beseitigung von Beeinträchtigungen durchzusetzen.

Die Realität: Monatelang dokumentierte Verstöße werden ignoriert oder verharmlost. Statt energisch durchzugreifen, werden Ausreden gesucht: „Das ist nur vorübergehend“, „Das wird noch aufgeräumt“, „Das ist unvermeidbar“.

Die Frage: Warum versagen die Behörden bei Windkraftprojekten so offensichtlich? Liegt es an politischem Druck von oben? An mangelnder Ausstattung? Oder an einer ideologischen Verblendung, die Windkraft grundsätzlich für gut hält – unabhängig von den konkreten Umweltschäden?

Die Bauaufsicht: Genehmigen und vergessen?

Die Bauaufsichtsbehörde erteilt die Genehmigungen – und ist damit auch für deren Durchsetzung verantwortlich. Genehmigungen mit Auflagen sind kein Freibrief, sondern ein Vertrag mit Pflichten.

Das Versagen: Nach der Genehmigungserteilung scheint die Bauaufsicht ihre Aufgabe als erledigt zu betrachten. Kontrollen finden sporadisch oder gar nicht statt. Verstöße gegen Auflagen haben keine Konsequenzen.

Die Konsequenz: Bauherren lernen schnell: Auflagen kann man ignorieren, solange niemand kontrolliert. Ein System, das Verantwortungslosigkeit belohnt, züchtet Verantwortungslosigkeit.

Die Forstbehörde: Der Wald als Verfügungsmasse

Das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) Straubing ist für den Schutz der Waldfunktionen zuständig. Dazu gehört auch der Schutz vor Beeinträchtigungen durch Dritte.

Die Untätigkeit: Offensichtliche Schäden am Wald und an Waldwegen werden nicht geahndet. Als ob Wald nur dann schützenswert wäre, wenn er nicht für die Energiewende gebraucht wird.

Die Polizei: Ordnungswidrigkeiten sind auch Straftaten

Umweltdelikte sind Straftaten – auch wenn sie von vermeintlich guten Projekten begangen werden. Die Polizei ist verpflichtet, entsprechende Anzeigen aufzunehmen und zu verfolgen.

Die Praxis: Anzeigen wegen Umweltdelikten im Zusammenhang mit Windkraftprojekten verschwinden oft in bürokratischen Mühlen oder werden nicht ernst genommen. Als ob Gesetze nur für die kleinen Leute gelten würden.

Was Bürger tun können: Selbsthilfe ist Bürgerpflicht

Dokumentation: Die Waffe der Wahrheit

Wenn Behörden wegschauen, müssen Bürger hinsehen. Wenn offizielle Stellen untätig bleiben, müssen Betroffene aktiv

werden. Das ist nicht nur ein Recht – es ist eine Pflicht gegenüber nachkommenden Generationen.

Professionelle Beweisführung

Fotografische Dokumentation: Machen Sie Übersichts- und Detailfotos jeder Fundstelle. Fotografieren Sie aus mehreren Blickwinkeln, um die Lage und das Ausmaß der Verschmutzung zu dokumentieren. Verwenden Sie eine Digitalkamera oder ein Smartphone mit GPS-Funktion, damit die Koordinaten automatisch gespeichert werden.

Datum und Uhrzeit: Stellen Sie sicher, dass jedes Foto mit Datum und Uhrzeit versehen ist. Aktivieren Sie die entsprechende Funktion in Ihrer Kamera oder Ihrem Smartphone.

Koordinaten notieren: Notieren Sie die exakten GPS-Koordinaten jeder Fundstelle. Verwenden Sie dazu Apps wie „GPS Essentials“ oder „What3Words“. Notieren Sie zusätzlich eine Wegbeschreibung („20 m südlich der Weggabelung am Hochstand“).

Videodokumentation: Machen Sie zusätzlich einen ruhigen Videowalk der betroffenen Strecken. Gehen Sie langsam, schwenken Sie die Kamera ruhig und kommentieren Sie dabei, was Sie sehen. Videos zeigen das Ausmaß der Verschmutzung oft besser als Einzelfotos.

Systematische Archivierung: Legen Sie für jede Fundstelle einen eigenen Ordner an (z.B. „2025-08-15_Neufahrn_Fundstelle-01“). Speichern Sie dort alle Fotos, Videos und Notizen systematisch ab.

Rechtssichere Meldungen

Schriftlich melden: Melden Sie jeden Fund schriftlich an alle zuständigen Behörden. Eine E-Mail reicht, aber bitten Sie um Eingangsbestätigung. Senden Sie Kopien an:

- Untere Naturschutzbehörde des Landratsamts
- Bauaufsichtsamt des Landratsamts
- AELF (Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten)
- Bei akuten Fällen auch an die örtliche Polizei

Konkrete Forderungen: Formulieren Sie konkret, was Sie erwarten: „Ich fordere die sofortige Räumung der dokumentierten Abfälle, eine Bestätigung der ordnungsgemäßen Entsorgung und Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Verschmutzung bis zum [Datum].“

Fristen setzen: Setzen Sie klare Fristen für Antwort (14 Tage) und Maßnahmen (30 Tage). Kündigen Sie an, was Sie bei Untätigkeit unternehmen werden.

Rechtliche Schritte: Wenn Bitten nicht helfen

Widerspruch und Anfechtung

Genehmigungen anfechten: Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Genehmigungen rechtswidrig erteilt wurden, können Sie innerhalb von vier Wochen Widerspruch einlegen. Lassen Sie sich dabei von einem Fachanwalt für Verwaltungsrecht beraten.

Nebenbestimmungen durchsetzen: Genehmigungen enthalten meist Nebenbestimmungen (Auflagen). Deren Nichteinhaltung können Sie als Bürger anzeigen und deren Durchsetzung verlangen.

Strafanzeige und Ordnungswidrigkeitenverfahren

Strafanzeige stellen: Umweltdelikte sind Straftaten. Stellen Sie bei der Staatsanwaltschaft oder der örtlichen Polizei Strafanzeige gegen die Verantwortlichen. Auch wenn die Erfolgsaussichten gering sind – jede Anzeige schafft Druck.

Ordnungswidrigkeitenanzeige: Verstöße gegen Umweltgesetze sind meist Ordnungswidrigkeiten. Diese können von den Behörden mit

empfindlichen Bußgeldern geahndet werden – wenn sie wollen.

Zivilrechtliche Ansprüche

Unterlassung fordern: Als Anwohner oder Betroffener können Sie zivilrechtlich die Unterlassung weiterer Verschmutzung fordern.

Beseitigung verlangen: Sie können auch die Beseitigung bereits vorhandener Verschmutzungen auf Kosten des Verursachers verlangen.

Quellen/Belege:

Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG), § 69 Bußgeldvorschriften –
Gesetze im Internet (BMJ). [Gesetze im Internet](#)

Bayerisches Naturschutzgesetz (BayNatSchG), Art. 57
Ordnungswidrigkeiten – *gesetze-bayern.de* (aktuelle Fassung ab 1. Aug. 2025). [Gesetze Bayern](#)

Bayerisches Waldgesetz (BayWaldG) – *gesetze-bayern.de*
(Zwecke/Waldfunktionen; letzte Änderung 23. Dez. 2024).
[Gesetze Bayern](#)

Eingriffs-/Ausgleichsregelung: „Bauen im Einklang mit Natur und Landschaft“ – Infoseite und Leitfaden des StMB (Bayern).
[Bayerisches Ministerium für Wohnen+1](#)

LfU Bayern – Zentrale Stelle Abfallüberwachung (Aufgaben & Ansprechpartner). [LfU Bayern+1](#)

UVPG Anlage 1 (Liste UVP-pflichtiger Vorhaben) – *Gesetze im Internet*; ergänzend Fachagentur Wind und Solar (Kurzinfos/Schwellen). [Gesetze im Internet](#)[Fachagentur Wind & Solar](#)

Waldrecht (allg. Überblick zu Waldfunktionen) – Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und

Horst Herman: Profit über alles – Natur und Menschen bleiben auf der Strecke



⚠ Profil nicht beansprucht

V-Markt

Bewertungen 63 ·  1,7 ⓘ

 Bewertung abgeben

Zur Website 



Unternehmen auf Trustpilot können keine Belohnungen anbieten oder Geld bezahlen, um verbergen.

Horst Herman, Unternehmer und Betreiber der umstrittenen V-Märkte, sorgt in Geiselhöring für massiven Unmut. Der Mann, dessen Einzelhandelsketten laut Kundenbewertungen seit Jahren in der Kritik stehen, plant, neun Windkraftanlagen mitten in einem ökologisch wertvollen Wald zu errichten. Während Herman selbst fernab in Mauerstetten lebt, sollen die Menschen vor Ort mit den Auswirkungen seines Großprojekts leben.

Er war bislang nicht ein einziges Mal bei den Anwohnern vor Ort – keine Bürgerversammlung, kein Dialog, kein Interesse am Austausch. Was sich hier abzeichnet, empfinden viele als

klassischen Fall von Gewinnstreben ohne Rücksicht auf Natur, Anwohner oder demokratische Mitbestimmung.

Windräder im Schwachwindgebiet – Subventionen statt Strom

Die geplanten Anlagen sollen ausgerechnet in einem ausgewiesenen Schwachwindgebiet entstehen – wirtschaftlich grenzwertig, ökologisch fragwürdig. Doch für Investoren wie Herman kann sich das lohnen: Über das EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) erhalten Windkraftbetreiber **höhere Einspeisevergütungen** in Regionen mit wenig Wind – als sogenannte „Ausgleichsentlastung“.

So entsteht der Eindruck, dass hier weniger Windenergie erzeugt als vielmehr Windkraft zur Geschäftsoptimierung genutzt wird. Bei einem angenommenen Ertrag von unter 60 Prozent des bayrischen Durchschnitts und etwa 20 Jahren Betriebszeit können dabei **staatlich garantierte Einnahmen in Millionenhöhe** generiert werden – ganz unabhängig von der tatsächlichen Windleistung.

Vom Naturraum zur Industriefläche

Der Wald, den Herman erworben hat, ist bislang ein Rückzugsort für Mensch und Tier. Er ist Lebensraum für zahlreiche Tierarten, Brutstätte für Vögel und ein beliebtes Naherholungsgebiet. Doch statt diesen Raum zu schützen, soll er nun weichen – für eine Industrialisierung mit tonnenschweren Fundamenten, kilometerlangen Wegen und bis zu 250 Meter hohen Windkraftanlagen.

Für viele Bürgerinnen und Bürger ist das ein schwer nachvollziehbarer Eingriff in ein intaktes Ökosystem – unter dem Deckmantel der Energiewende, aber mit klarem wirtschaftlichem Eigeninteresse.

Bürgerbeteiligung? Fehlanzeige

Aus Sicht zahlreicher Anwohnerinnen und Anwohner wurde die Öffentlichkeit zu spät und nur unzureichend informiert. Kritiker sprechen davon, dass wesentliche Entscheidungen bereits getroffen waren, bevor die Bevölkerung überhaupt einbezogen wurde.

„Erst als alles beschlossen war, hat man uns gesagt, was hier wirklich geplant ist.“

Die wenigen Informationsveranstaltungen, die stattfanden, wurden von vielen als unzureichend wahrgenommen – Fragen seien nur unvollständig beantwortet worden, Kritik schnell abgewehrt worden. Der Eindruck: Hier werden Fakten geschaffen – und die Menschen vor Ort müssen sich damit abfinden.

V-Märkte: Ein Blick auf die Vergangenheit

Ein Blick auf Hermans bisherige unternehmerische Tätigkeit wirft Fragen auf. Seine Supermarktkette „V-Markt“ wird auf Portalen wie Trustpilot und Trustedshops auffallend schlecht bewertet. Kritisieren werden unter anderem die Produktqualität, der Kundenservice und organisatorische Mängel. Auch ehemalige Mitarbeitende melden sich auf Plattformen wie Kununu zu Wort und berichten von problematischen Arbeitsbedingungen.

Die Frage drängt sich auf: Sollte jemand, der bereits in einem überschaubaren Bereich wie dem Einzelhandel erhebliche Kritik auf sich zieht, wirklich ein komplexes Windkraftprojekt in einem sensiblen Naturraum verantworten?

Energiewende als Geschäftsmodell

Natürlich brauchen wir erneuerbare Energien – darüber herrscht weitgehend Konsens. Doch wenn Klimaschutz dazu führt, dass Wälder gerodet, Tiere verdrängt und Menschen belastet werden, stellt sich die Frage: Dient dieses Projekt wirklich dem

Gemeinwohl – oder vor allem den wirtschaftlichen Interessen einzelner Investoren?

„Es geht hier nicht um Nachhaltigkeit, sondern um Rendite. Der Klimaschutz wird vorgeschoben – auf Kosten der Natur.“

Hinzu kommt die wirtschaftliche Belastung für die Anwohner: Windkraftanlagen in Wohnortnähe senken nachweislich den Immobilienwert.

Laut dem [Bayerischen Energieatlas](#) können Einbußen beim Verkaufswert von bis zu **23 Prozent** die Folge sein – je nach Entfernung zur Anlage.

Wo bleibt die Kontrolle durch Politik und Behörden?

Besonders besorgniserregend: Die politische Kontrolle scheint auszubleiben. Bisher sind kaum kritische Stimmen aus der Lokalpolitik zu hören. Umweltbehörden halten sich zurück. Für viele Bürger entsteht der Eindruck, dass hier wirtschaftliche Interessen stillschweigend über die Bedürfnisse der Bevölkerung und den Schutz der Natur gestellt werden.

Bürgerprotest als letzte Instanz

In Geiselhöring formiert sich nun Widerstand. Bürgerinitiativen entstehen, Petitionen werden vorbereitet, Protestaktionen sind in Planung.

„Wir kämpfen nicht gegen Windkraft – sondern gegen ein Projekt, das in seiner Ausgestaltung und Standortwahl völlig unverhältnismäßig ist.“

Der Protest richtet sich nicht gegen den Fortschritt, sondern gegen die Art und Weise, wie er durchgesetzt wird.

Fazit: Rücksichtslosigkeit im grünen Gewand

Das Projekt in Geiselhöring zeigt beispielhaft, wie die Energiewende missbraucht werden kann – nicht als Instrument des Umweltschutzes, sondern als Geschäftsmodell. Horst Herman steht dabei sinnbildlich für eine Unternehmenskultur, in der Rendite oft Vorrang vor sozialer Verantwortung und ökologischem Bewusstsein hat.

Die Menschen in Geiselhöring aber sind entschlossen, sich zu wehren.

Denn eines ist klar: **Klimaschutz darf nicht zur Ausrede werden, um unternehmerische Interessen auf Kosten von Mensch und Natur durchzusetzen.**

Leserbriefe



Wie versprochen, veröffentlichen wir hier die eingegangenen Leserbriefe:

Nach unseren letzten Beiträgen haben uns zahlreiche Rückmeldungen erreicht – per E-Mail, über soziale Medien und sogar handgeschrieben per Post. Es zeigt sich einmal mehr: Das Thema bewegt die Menschen, regt zum Nachdenken an und sorgt für angeregte Diskussionen. Genau das war unser Ziel.

Ob zustimmend, kritisch oder nachdenklich – Ihre Meinungen sind für uns ein wertvoller Kompass. Sie spiegeln wider, was unsere Leserinnen und Leser denken, fühlen und fordern. Deshalb möchten wir auch nicht nur berichten, sondern Raum für den Dialog schaffen.

An dieser Stelle geben wir Ihnen das Wort – ungefiltert, ehrlich und vielfältig. Denn Ihre Stimmen gehören genauso zur Debatte wie unsere Recherchen.

Leserbrief #1

Ich möchte mich zu eurer Kritik am Bau der Windkraftanlagen und eurem Argument der Rodung von 1,2 Hektar Wald äußern, weil mir das Thema wirklich am Herzen liegt – als jemand, der den Wald liebt und der gleichzeitig Klimaschutz für dringend nötig hält.

Mir fällt auf, wie oft in der Diskussion gesagt wird, dass durch Windkraft „unwiederbringlich“ Wald zerstört wird. Das klingt erst mal dramatisch, aber wenn ich genauer hinschaue, stimmt das so pauschal einfach nicht. Die Flächen, die für Windräder gerodet werden, werden meist an anderer Stelle wieder aufgeforstet oder durch ökologische Maßnahmen ausgeglichen. Das wird leider oft gar nicht erwähnt.

Außerdem ist der Flächenverbrauch im Verhältnis zu anderen Energieformen wirklich gering. Für eine Windkraftanlage braucht man nur einen kleinen Teil des Waldes, meist für Wege und das Fundament. Der Großteil bleibt stehen oder wird später sogar wieder in einen natürlichen Zustand gebracht. Und die Standorte sind meistens so gewählt, dass keine alten, wertvollen Waldbestände betroffen sind, sondern Flächen, die sowieso schon forstwirtschaftlich genutzt werden.

Ich finde auch, dass das Argument, hier würde einfach „Natur zerstört“, den eigentlichen Zusammenhang übersieht: Unsere Wälder werden durch den Klimawandel – durch Trockenheit, Stürme und Schädlinge – viel mehr bedroht als durch einzelne Windkraftanlagen. Wenn wir wirklich etwas für den Erhalt des Waldes tun wollen, dann brauchen wir die Energiewende – und Windkraft spielt dabei eine Schlüsselrolle.

Mir ist bewusst, dass der Eingriff in die Natur immer gut überlegt sein muss. Aber mit Ausgleichsmaßnahmen und einer klugen Planung lohnt sich der Schritt. Ganz ehrlich: Die Rodung von 1,2 Hektar ist im Verhältnis zum Nutzen für den

Klimaschutz und die Zukunft unserer Wälder ein vertretbarer Preis.

Ich wünsche mir, dass wir diese Diskussion weniger emotional und dafür sachlicher führen. Für mich ist klar: Die Energiewende und der Schutz des Waldes gehen zusammen, wenn wir es richtig machen.

Jasmin Walter

Leserbrief #2

Mit großer Zustimmung habe ich Ihre Ausführungen zur Zerstörung unseres Waldbodens gelesen – und ich möchte Ihnen beipflichten: Was sich manche Waldbesitzer erlauben, ist schlichtweg unverantwortlich.

Es ist eine wissenschaftlich belegte Tatsache, dass ein einziger Zentimeter Waldboden bis zu 100 Jahre benötigt, um zu entstehen. Und doch wird dieser wertvolle Lebensraum rücksichtslos von schweren Maschinen zerfahren, planiert und geschändet – als wäre er beliebig ersetzbar.

Wer so mit unserem natürlichen Erbe umgeht, handelt nicht nur kurzfristig, sondern zerstört aktiv die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen. Solches Handeln darf nicht länger als „wirtschaftliche Nutzung“ verharmlost werden. Es ist ein Angriff auf das Ökosystem, auf die Artenvielfalt – und letztlich auf uns alle.

Ich danke der Bürgerinitiative Pronatur für ihren unermüdlichen Einsatz und fordere: Schluss mit der industriellen Vergewaltigung unserer Wälder! Nachhaltigkeit darf kein leeres Wort bleiben.

Nina Mayer

Leserbrief #3

Wenn wir uns zu Recht gegen die Industrialisierung unserer Landschaft wehren, dann sollten wir auch den Mut haben, die ganze Wahrheit auszusprechen. Jedes Mal, wenn ich sehe, wie sich Menschen empört über „Vogelschredder“ aufregen, nur um sich in der Pause ihr Wurstbrot aus Massentierhaltung schmecken zu lassen, frage ich mich: Wie glaubwürdig sind wir eigentlich?

Die traurige Realität ist, dass wir uns mit unserer selektiven Empörung selbst belügen. Während wir gegen Windräder kämpfen, die für Vögel und Wildtiere gefährlich sind, finanzieren wir mit unserem täglichen Konsum eine Agrarindustrie, die systematisch Lebensräume zerstört und millionenfaches Tierleid verursacht. Für Weiden und Futtermittelanbau werden Wälder gerodet, Böden vergiftet und Artenvielfalt vernichtet – alles für Schnitzel und Wurst, die am Ende ohnehin im Müll landen. Und dann wundern wir uns, warum die Insekten verschwinden und die Vögel verstummen?

Es ist an der Zeit, diese Doppelmoral zu beenden. Wer wirklich Naturschutz will, darf nicht nur gegen Windräder sein, sondern muss auch seinen eigenen Lebensstil hinterfragen. Die größte Bedrohung für unsere Tierwelt kommt nicht nur von Rotoren, sondern von einer Landwirtschaft, die Natur zur Ware macht und Tiere zu Produktionsgütern degradiert. Jedes Mal, wenn wir billiges Fleisch kaufen, machen wir uns mitschuldig an diesem System.

Ich verlange von dieser Bewegung, endlich konsequent zu sein. Entweder wir nehmen den Schutz von Tieren und Lebensräumen ernst – dann aber bitte ganzheitlich und ohne Ausreden. Oder wir geben offen zu, dass es uns in Wahrheit nur um unser eigenes Wohlbefinden geht, nicht um die Natur.

Nicole Bauer

(Veganerin und Umweltaktivistin und Windradgegnerin)

Leserbrief #4

Es wird höchste Zeit, dass wir uns als Gesellschaft wieder klar machen, wie sensibel unser ökologisches Gleichgewicht ist – und welchen Einfluss der Mensch auf elementare Prozesse wie den Sauerstoffkreislauf hat.

Unsere Atmosphäre besteht zu etwa **21 % aus Sauerstoff**, doch dieser Anteil ist nicht selbstverständlich. Er wird zu einem Großteil durch Wälder, Moore, Algen und andere Pflanzen permanent neu produziert. Gleichzeitig steigt der **CO₂-Anteil**, nicht zuletzt durch menschliches Handeln: Verkehr, Industrie, Massentierhaltung und die rücksichtslose Abholzung von Wäldern treiben die Emissionen kontinuierlich in die Höhe.

Allein im Jahr 2023 hat die Menschheit rund **36 Milliarden Tonnen CO₂** freigesetzt – eine erschreckende Zahl, die uns nicht kaltlassen darf. CO₂ macht aktuell „nur“ etwa **0,04 % der Atmosphäre** aus, doch dieser geringe Anteil reicht schon, um das Klima spürbar aus dem Gleichgewicht zu bringen.

Wenn wir Wälder zerstören, vernichten wir nicht nur die „grüne Lunge“ unseres Planeten, sondern beschleunigen eine Spirale, die wir irgendwann nicht mehr stoppen können. Jeder Hektar, der verloren geht, verschlechtert die Sauerstoffproduktion und erhöht die CO₂-Konzentration – mit langfristigen Folgen für Gesundheit, Klima und Artenvielfalt.

Ich danke Ihnen für Ihre wertvolle Aufklärungsarbeit und wünsche mir, dass mehr Menschen begreifen: Der Wald ist

kein Wirtschaftsgut – er ist Lebensgrundlage.

Thomas Berger

Frankreich stoppt Windkraft: Schutz für Mensch & Natur



Es ist ein Paukenschlag aus Frankreich, der weit über die Landesgrenzen hinaus hallt: Das französische Parlament hat beschlossen, sämtliche neuen Genehmigungen für Windkraft- und Solarparks vorerst zu stoppen. Dieser Schritt kommt überraschend, aber er ist überfällig – und ein Signal, das auch Deutschland ernst nehmen sollte. Denn was seit Jahren von vielen Bürgern, Wissenschaftlern und Umweltschützern kritisiert wird, scheint in Frankreich nun erstmals politisch Gehör zu finden.

Grund für das Moratorium ist der zunehmende Druck aus der Bevölkerung. Immer mehr Menschen spüren, dass der massive Ausbau erneuerbarer Energien nicht nur Vorteile bringt. Im Gegenteil: Die sogenannten „grünen“ Technologien haben in den vergangenen Jahren massive Spuren in Natur, Landschaft und Lebensqualität hinterlassen. Windräder, einst als Hoffnungsträger gefeiert, sind vielerorts zu Symbolen der Entfremdung geworden. Riesige Konstruktionen ragen in die Landschaft, prägen ganze Regionen und zerstören dabei nicht selten Lebensräume, die über Jahrzehnte gewachsen sind. Wälder werden gerodet, um Platz für neue Anlagen zu schaffen. Böden werden verdichtet, Biotope unwiederbringlich zerstört.

Nicht nur die Natur leidet, auch die Menschen selbst. Besonders in ländlichen Regionen wird die Belastung durch Windräder immer deutlicher spürbar. Viele Anwohner berichten über Dauerlärm, Infraschall, Schattenschlag und gesundheitliche Beschwerden wie Schlafstörungen oder Kopfschmerzen. Die Nähe mancher Anlagen zu Wohnhäusern ist erschreckend – teils stehen sie in wenigen Hundert Metern Entfernung. Hinzu kommt der wirtschaftliche Schaden: Immobilien verlieren an Wert, Tourismus bricht ein, Menschen fühlen sich übergangen und ausgeliefert.

Auch der Tierwelt setzen die Anlagen enorm zu. Jahr für Jahr sterben zehntausende Vögel durch Kollisionen mit Rotorblättern. Besonders betroffen sind Greifvögel, die ihre Flugbahnen nicht an die künstlichen Hindernisse anpassen können. Fledermäuse, die auf bestimmte Jagdgebiete angewiesen sind, verschwinden, weil sie den durch Windräder erzeugten Druckunterschieden nicht standhalten können. Ganze Populationen gehen verloren – still, fast unbemerkt und doch dramatisch.

Doch nicht nur Windkraftanlagen stehen in der Kritik. Auch der Ausbau von Photovoltaik – insbesondere in Form großer Solarparks – hat seine Schattenseiten. Immer mehr fruchtbare Ackerflächen werden für riesige Anlagen versiegelt. Was früher

der Nahrungsmittelproduktion diene, wird nun mit Metall und Glas überzogen. Besonders in Zeiten geopolitischer Spannungen und wachsender Unsicherheit bei der Lebensmittelversorgung wirkt dieser Trend geradezu paradox. Die Versiegelung von wertvollem Boden ist ein Eingriff in die Zukunftsfähigkeit ganzer Regionen – und wird dennoch mit dem Etikett „nachhaltig“ versehen.

Das französische Moratorium markiert hier eine dringend notwendige Zäsur. Zum ersten Mal steht nicht der blinde Fortschrittsglaube im Vordergrund, sondern die Frage nach den realen Folgen. Ziel ist eine umfassende Folgenabschätzung, eine ehrliche Bewertung der ökologischen, gesundheitlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen des Erneuerbaren-Ausbaus. Genau das, was Kritiker seit Jahren fordern: keine Politik nach Bauchgefühl, sondern nach Fakten.

Begleitet wurde die Abstimmung von einem politischen Paukenschlag: Die Fraktion des Rassemblement National brachte zeitgleich einen Antrag ein, das 2020 stillgelegte Atomkraftwerk Fessenheim wieder ans Netz zu nehmen. Auch wenn dieser Vorstoß schnell von der Atomaufsicht abgeschmettert wurde – das Kraftwerk ist inzwischen technisch weitgehend abgebaut und ein Wiederanlauf ist kaum realisierbar – verdeutlicht der Vorstoß doch eines: Die Debatte um Energieversorgung ist in Bewegung geraten. Es gibt wieder Alternativen, Diskussionen, ein Ringen um Wege statt das monotone Mantra vom „alternativlosen“ Ausbau.

Dass der Beschluss überhaupt zustande kam, lag auch an der Zusammensetzung des Parlaments zum Zeitpunkt der Abstimmung. Ein Bündnis aus den Republikanern und dem Rassemblement National brachte genügend Stimmen zusammen, während viele Abgeordnete der Regierung und linker Parteien nicht anwesend waren. Ein politischer Zufall vielleicht – aber einer, der einen echten Wandel auslösen könnte.

Was Frankreich hier tut, ist kein Rückschritt. Es ist ein

Innehalten. Ein Nachdenken. Ein notwendiger Moment der Besinnung in einer Debatte, die viel zu lange von technokratischer Alternativlosigkeit geprägt war. Wer wirklich die Umwelt schützen will, darf sie nicht durch gigantische Industrieanlagen im grünen Gewand zerstören. Nachhaltigkeit bedeutet, Mensch und Natur in Einklang zu bringen – nicht, sie gegeneinander auszuspielen.

Frankreich zeigt, dass es auch anders geht. Der Ausbau erneuerbarer Energien muss demokratisch legitimiert, ökologisch verträglich und sozial gerecht sein. Es darf nicht darum gehen, möglichst viele Anlagen in möglichst kurzer Zeit zu errichten. Es muss darum gehen, die richtigen Entscheidungen für eine lebenswerte Zukunft zu treffen – mit Weitsicht, Augenmaß und Rücksicht.

Doch der Widerstand gegen Wind- und Solarparks speist sich nicht nur aus Umwelt- und Gesundheitsaspekten. Auch ökonomisch gerät der Ausbau zunehmend in die Kritik. Immer mehr Kommunen berichten von fehlender Wertschöpfung vor Ort. Die Gewinne fließen meist an überregionale Investoren oder große Energiekonzerne, während die betroffenen Gemeinden mit den Lasten allein gelassen werden. Das versprochene „Teilhabe-Modell“ für Bürger funktioniert in der Praxis oft nicht. Die Einnahmen sind gering, der Einfluss auf Standortentscheidungen noch geringer.

Hinzu kommt ein Thema, das bislang viel zu wenig beachtet wird: die Material- und Rohstofffrage. Windräder, insbesondere Offshore-Anlagen, benötigen riesige Mengen an Beton, Stahl und seltenen Erden – etwa für Permanentmagnet-Generatoren. Diese Rohstoffe stammen oft aus Ländern mit fragwürdigen Umwelt- und Sozialstandards. Der „grüne“ Strom ist also häufig nur vordergründig sauber, während anderswo Umweltzerstörung, Ausbeutung und Kinderarbeit an der Tagesordnung stehen. Ein grünes Gewissen auf dem Rücken anderer – das kann keine nachhaltige Zukunft sein.

Auch die Entsorgung wird zum Problem: Erste Windparks erreichen bald das Ende ihrer Lebensdauer. Doch was passiert mit den riesigen Rotorblättern, die aus Verbundstoffen bestehen und kaum recycelbar sind? Schon heute türmen sich ausgediente Blätter auf Deponien – ein wachsender Berg ungelöster Entsorgungsprobleme. Von einem echten „Kreislauf“ kann keine Rede sein.

Ein weiterer kritischer Punkt ist die Volatilität dieser Energiequellen. Wind- und Sonnenstrom stehen nicht zuverlässig zur Verfügung, sondern nur, wenn das Wetter mitspielt. Das zwingt die Netzbetreiber zu massiven Eingriffen ins Stromsystem – mit hohen Kosten. Gleichzeitig müssen konventionelle Kraftwerke – oft Gaskraftwerke – als Reserve vorgehalten werden. Der sogenannte „Zappelstrom“ bringt also keine Versorgungssicherheit, sondern macht das System anfällig, teuer und instabil.

Auch auf internationaler Ebene wird diese Diskussion lauter. In Skandinavien, Italien, Spanien und den USA mehren sich Stimmen, die einen „Green Deal“ nicht als Freifahrtschein für Großindustrie im Namen der Ökologie sehen wollen. Viele dieser Länder setzen nun verstärkt auf echte Innovation: dezentrale, bedarfsgerechte Systeme, Speichertechnologien und den sparsamen Umgang mit Ressourcen statt Flächenverbrauch im Gigawattmaßstab.

Die große Frage lautet: Wollen wir wirklich unsere letzten unberührten Landschaften opfern – für Technologien, die selbst erhebliche Nebenwirkungen haben? Oder brauchen wir eine neue Debatte darüber, wie eine wirklich nachhaltige Energiewende aussieht? Frankreich hat einen mutigen Schritt gewagt. Vielleicht ist es Zeit, auch bei uns nicht länger die Augen zu verschließen.

Quellen:

<https://www.francesoir.fr/politique-france/l-assemblee-un-mora>

[toire-sur-les-eoliennes-et-panneaux-solaires-seme-la-zizanie](#)

https://www.lemonde.fr/energies/article/2025/06/19/un-moratoire-sur-l-eolien-et-le-solaire-adopte-a-l-assemblee-nationale-par-un-vote-conjoint-de-la-droite-et-de-l-extreme-droite_6614663_1653054.html

Offener Brief an Herrn Hubert Aiwanger



Windrad im Wald: Passt, oder?

Du denkst, Windräder gehören an die
Küste, nicht in den Wald?

Offener Brief an Herrn Hubert Aiwanger

Dieser hat am 12.06.2025 auf Instagram über den den Account

des Bayerischen Wirtschaftsministeriums Folgenden Text Veröffentlicht:

Du denkst, wir pflastern Bayerns Wälder mit Windrädern zu? So einfach ist es nicht. ☐

Wenn wir über die Energiewende sprechen, darf die Windkraft nicht fehlen.

☐☐ Und hier muss Bayern aufholen. Gekauft. Das Ziel der Staatsregierung, 1000 neue Windräder in Bayern bis 2030, ist erreichbar, aber nur, wenn der Wald mitberücksichtigt wird.

Über ein Drittel der Landesfläche ist Wald, diese Gebiete liegen in der Regel am weitesten von Siedlungen entfernt und sind häufig der einzige Standort, an dem vorgegebene Abstände überhaupt eingehalten werden können.

Jetzt denkst du vielleicht, wir opfern wertvollen Wald für die Energiewende. ☐

Fakt ist aber, dass Natur und Bürger profitieren können.

☐ Viele Windräder sind Bürgerprojekte, wie aktuell im Hofoldingener Forst bei München. Die Anwohner profitieren direkt vom Stromverkauf.

Für den Bau der Windräder müssen Bäume gefällt werden, doch rundherum wird aufgeforstet oder ein Lebensraum geschaffen, der außerhalb des Waldes längst Mangelware ist. Die Natur gewinnt dazu – und für Vögel sind Windräder längst nicht so gefährlich wie Katzen, Fenster oder Straßen. ☐

Windkraft im Wald ist mehr als saubere Energie.

Die Pachteinnahmen ☐ helfen auch dabei, den Wald aktiv umzubauen und widerstandsfähiger gegen den Klimawandel zu machen.

Was denkst du? Bist du bereit für Windräder im Wald bei dir daheim oder hast du Zweifel?

Schreib deine Meinung in die Kommentare. ☐.

**Daraufhin bekam Herr Aiwainger innerhalb nur 24 Stunden
Extreme Kritik von 31 Lesern und er hatte nur 3 Befüworter.**

Offener Brief an Herrn Hubert Aiwainger

Sehr geehrter Herr Aiwainger,

mit großem Erstaunen und wachsender Besorgnis verfolgen wir Ihre jüngsten Werbekampagnen für den Ausbau der Windenergie in Bayern, insbesondere auf Plattformen wie Instagram. Sie präsentieren Windräder als zukunftsweisende Lösung, doch die Realität vor Ort sieht ganz anders aus: Während Sie in den sozialen Medien nur auf drei Befürworter stoßen, sprechen sich 31 Stimmen klar gegen Ihre Pläne aus, Bayern mit Windrädern zu überziehen. Die überwältigende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger – sowohl direkt als auch indirekt betroffen – lehnt die Errichtung von Windkraftanlagen in unserer Heimat entschieden ab.

Wie bereits erwähnt, zeigen sowohl Ihre eigenen Instagram Beiträge als auch unsere Unterschriftensammlung ein klares Bild: Über 80% der nicht direkt betroffenen Menschen sprechen sich gegen Windräder in unseren Wäldern aus. Bei den direkten Anwohnern ist die Ablehnung sogar noch deutlicher – 95% bis zu 100% der Befragten sind gegen Windkraftanlagen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft. Diese Zahlen sind ein unmissverständliches Signal, das Sie als verantwortlicher Minister nicht länger ignorieren dürfen.

Die Nachteile von Windenergieanlagen sind vielfältig und gravierend. Sie reichen von der massiven Beeinträchtigung des Landschaftsbildes über die Zerstörung wertvoller Natur- und Erholungsräume bis hin zu erheblichen gesundheitlichen Belastungen für die Anwohner. Der Lärm, der von den Anlagen ausgeht, ist nicht nur störend, sondern kann nachweislich zu Schlafstörungen, Stress und anderen gesundheitlichen Problemen führen. Der sogenannte Infraschall, der von Windrädern ausgeht, ist ein weiteres, bislang viel zu wenig beachtetes Risiko für die Gesundheit der Menschen.

Darüber hinaus werden durch den Bau von Windkraftanlagen große Flächen Wald gerodet und Lebensräume für zahlreiche Tierarten unwiederbringlich zerstört. Besonders betroffen sind seltene und geschützte Arten wie Fledermäuse und Greifvögel, die durch die Rotoren getötet werden. Die Versiegelung von Böden, der Bau von Zufahrtswegen und die Errichtung von Betonfundamenten hinterlassen dauerhafte Schäden in unseren sensiblen Ökosystemen.

Auch wirtschaftlich sind Windräder keineswegs die Heilsbringer, als die sie oft dargestellt werden. Die Stromerzeugung ist wetterabhängig und schwankend, was zu einer unsicheren Versorgungslage führt. Die Kosten für den Ausbau der Netze und die notwendige Speicherung des Stroms werden auf die Verbraucher abgewälzt. Gleichzeitig sinken die Immobilienwerte in der Nähe von Windkraftanlagen drastisch, was für viele Familien existenzielle Folgen hat.

Ein weiterer, oft übersehener Punkt ist, dass die Interessen und Sorgen der betroffenen Anwohner bei der Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen regelmäßig ignoriert werden. Entscheidungen werden häufig über die Köpfe der Menschen hinweg getroffen, ohne Rücksicht auf

deren Lebensqualität, Gesundheit und die Zukunft ihrer Heimat. Immer wieder zeigt sich, dass wirtschaftliche Interessen von Investoren und Projektentwicklern im Vordergrund stehen, während die berechtigten Anliegen der Bevölkerung keinerlei Gewicht haben. Dieses Vorgehen führt zu Frust, Unmut und einer tiefen Entfremdung zwischen Politik und Bürgern – und es macht deutlich, dass der Ausbau der Windkraft gegen den Willen der Mehrheit durchgesetzt werden soll.

Zudem ist die Frage der Versorgungssicherheit und Netzstabilität weiterhin ungelöst. Windenergie ist volatil und nicht grundlastfähig. In windarmen Zeiten drohen Versorgungslücken, die durch teure und umweltschädliche Reservekraftwerke ausgeglichen werden müssen. Die Abhängigkeit von wetterabhängigen Energiequellen kann zu einer gefährlichen Instabilität im Stromnetz führen – mit unkalkulierbaren Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft.

Auch der oft propagierte Beitrag der Windenergie zum Klimaschutz ist kritisch zu hinterfragen. Die Herstellung, der Transport und die Errichtung von Windkraftanlagen verursachen erhebliche Mengen an CO₂ und anderen Schadstoffen. Die Entsorgung der riesigen Rotorblätter und Fundamente nach Ablauf der Lebensdauer ist bislang ungelöst und stellt eine enorme Umweltbelastung dar. Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass Windräder per se klimaneutral sind.

Als Sohn eines Landwirts und Diplom-Agraringenieur (FH) der Fachhochschule Weihenstephan sollten Sie, Herr Aiwanger, eigentlich aus erster Hand wissen, welche gravierenden Folgen der Bau von Windkraftanlagen in Wäldern und auf landwirtschaftlichen Flächen mit sich bringt. Gerade Sie müssten die Bedeutung intakter Böden, gesunder Wälder und funktionierender landwirtschaftlicher Flächen für unsere

Ernährungssicherheit, den Wasserhaushalt und das ökologische Gleichgewicht kennen. Die Rodung von Waldflächen für Windräder zerstört nicht nur wertvolle Lebensräume, sondern beeinträchtigt auch die Schutzfunktionen des Waldes, etwa beim Hochwasserschutz und als CO₂-Speicher. Auf Feldern führen die massiven Fundamente, Zufahrtswege und Baustellen zu Bodenverdichtung, Erosionsgefahr und langfristigen Ertragseinbußen. Die landwirtschaftlichen Betriebe, die ohnehin schon unter wirtschaftlichem Druck stehen, werden so zusätzlich belastet und in ihrer Existenz gefährdet. Gerade von Ihnen, mit Ihrem fachlichen Hintergrund und Ihrer Herkunft, hätten wir mehr Verständnis und Einsatz für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen erwartet.

Besonders kritisch sehen wir auch, dass sich einige Waldbesitzer und Grundstückseigentümer durch die Verpachtung ihrer Flächen an Windkraftbetreiber persönlich bereichern, während die negativen Folgen für Umwelt, Natur und die Allgemeinheit in Kauf genommen werden. Es ist moralisch höchst fragwürdig, kurzfristige finanzielle Vorteile über den langfristigen Schutz unserer Heimat und der natürlichen Lebensgrundlagen zu stellen. Die Verlockung, mit Pachteinahmen ein sicheres Einkommen zu erzielen, darf nicht dazu führen, dass wertvolle Wälder und Landschaften unwiederbringlich zerstört werden. Wer sich auf diese Weise bereichert, handelt nicht im Sinne des Gemeinwohls, sondern trägt aktiv zur Spaltung der Dorfgemeinschaft und zur Zerstörung unserer Umwelt bei.

Herr Aiwanger sie sollten sich für eine Energiepolitik einzusetzen, die auf Augenmaß, Vernunft und den Schutz unserer bayerischen Heimat setzt. Die Menschen in Bayern erwarten von ihrer Landesregierung, dass sie nicht blind einem Trend folgt, sondern

verantwortungsvoll abwägt, was wirklich gut und richtig für Land und Leute ist. Stoppen Sie den weiteren Ausbau der Windenergie in sensiblen Gebieten und setzen Sie sich stattdessen für eine nachhaltige, naturverträgliche und sozial gerechte Energiepolitik ein. Es gibt zahlreiche Alternativen, die den Schutz unserer Heimat und die Versorgungssicherheit gleichermaßen gewährleisten können – von der Förderung der Solarenergie auf bereits versiegelten Flächen bis hin zu innovativen Speichertechnologien und einer echten Energieeinsparung.

Wir fordern Sie daher auf, die Sorgen und Argumente der betroffenen Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen und von weiteren Plänen zur Errichtung von Windrädern in sensiblen Gebieten Abstand zu nehmen. Setzen Sie sich stattdessen für echte Alternativen ein, die unsere Heimat und unsere Lebensqualität bewahren!

Mit freundlichen Grüßen

Bürgerinitiative ProNatur

**Rodung statt Verantwortung:
Nominierter „Waldbesitzer des
Jahres“ will Schutzwald für
Windräder opfern**

Rodung statt Verantwortung

Nominierter „Waldbesitzer des Jahres“ will Schutzwald für Windräder opfern

Umweltverbände kritisieren geplante Abholzung für Windkraftanlagen – Lebensraumverlust und Umweltzerstörung drohen



Hinweis: Das hier gezeigte Bild wurde mangels Rechte am Bild, Urheberrecht mit CGI erstellt und stellt keine echte Fotografie der betroffenen Person dar.

Umweltverbände kritisieren geplante Abholzung für Windkraftanlagen – Lebensraumverlust und Umweltzerstörung drohen.

Die Nominierung von Lorenz Klein von Wisenberg als „Waldbesitzer des Jahres“ sorgt für scharfe Kritik aus Umwelt- und Naturschutzkreisen. Der „Adelige“ plant laut Informationen mehrerer Quellen die großflächige Rodung ökologisch wertvoller Waldflächen, um Windkraftanlagen zu errichten – und das in einem Gebiet, das als schützenswerter Naturraum gilt. Diese kontroverse Entscheidung wirft Fragen zur Verantwortung von Waldbesitzern und der wahren Bedeutung von Umweltschutz auf.

„Es ist ein Skandal, dass jemand, der aktiv zur Zerstörung naturnaher Wälder beiträgt, gleichzeitig als vorbildlicher Waldbesitzer gefeiert werden soll“, äußert Zach, Sprecher der Bürgerinitiative ProNatur. „Das widerspricht jeder glaubwürdigen Form von Umweltverantwortung und untergräbt die Bemühungen um nachhaltige Forstwirtschaft.“

Die betroffenen Waldflächen sind nicht nur Lebensraum für zahlreiche geschützte Tierarten wie Fledermäuse, Greifvögel und seltene Insekten, sondern spielen auch eine bedeutende Rolle im Klimaschutz. Sie fungieren als CO₂-Speicher und natürliche Wasserspeicher im regionalen Ökosystem. Die Abholzung dieser vitalen Ökosysteme könnte dramatische Folgen für die Biodiversität und die ökologische Balance der Region haben.

Experten warnen, dass es sich bei den geplanten Rodungsflächen um strukturreiche Mischwälder handelt, die über Jahrzehnte hinweg naturnah bewirtschaftet wurden. Diese wertvollen Lebensräume könnten durch die geplanten Eingriffe irreversibel zerstört werden, was langfristige negative Auswirkungen auf die Umwelt und die Gesellschaft zur Folge hätte.

Während der Ausbau erneuerbarer Energien ein zentrales Ziel der Energiewende ist, betonen Fachleute, dass dies nicht auf Kosten der letzten intakten Naturflächen geschehen darf. „Klimaschutz darf nicht zum Deckmantel für Naturzerstörung werden“, warnt Laberer von der Bürgerinitiative ProNatur. „Gerade Wälder leisten einen enormen Beitrag zur CO₂-Bindung und Artenvielfalt. Sie zu opfern ist ökologisch widersinnig und gefährdet unsere Umwelt für zukünftige Generationen.“

In Anbetracht der Situation fordern mehrere Umweltverbände die sofortige Rücknahme der Nominierung von Klein von Wisenberg. Die Verleihung des Titels an eine Person, die offensichtlich bereit ist, ökologische Kernzonen für wirtschaftliche Interessen zu opfern, würde die Glaubwürdigkeit der Auszeichnung massiv beschädigen. Es ist unerlässlich, dass

solche Ehrungen nicht zur Unterstützung von Greenwashing missbraucht werden.

Forderung nach Aberkennung der Nominierung

„Diese Ehrung darf kein Freifahrtschein für Greenwashing sein“, so die gemeinsame Erklärung mehrerer Umweltorganisationen. „Wer Wälder rodet, darf nicht als deren Bewahrer ausgezeichnet werden. Es ist an der Zeit, dass wir als Gesellschaft Verantwortung übernehmen und uns für den Schutz unserer Wälder und die Erhaltung unserer natürlichen Ressourcen einsetzen.“

Fazit

Die Kontroverse um die Nominierung von Lorenz Freiherr Klein von Wisenberg als „Waldbesitzer des Jahres“ verdeutlicht, wie wichtig es ist, eine Balance zwischen erneuerbaren Energien und dem Schutz unserer Natur zu finden. Der Schutz unserer Wälder ist nicht nur eine ökologische Notwendigkeit, sondern auch eine moralische Verantwortung gegenüber kommenden Generationen. Lassen Sie uns gemeinsam für eine nachhaltige Zukunft kämpfen, in der Umweltschutz und erneuerbare Energien Hand in Hand gehen, ohne dass wertvolle Lebensräume geopfert werden müssen.

Zu viel des Guten – Warum der Stromüberschuss die Windkraft entlarvt



Die deutsche Energiewende wird oft als Vorbild für andere Länder gepriesen. Doch die Realität sieht ernüchternd aus: Immer häufiger produziert Deutschland mehr Strom, als tatsächlich gebraucht wird. Das Osterwochenende 2025 war ein Paradebeispiel. Während die Menschen die Feiertage genossen, lieferten Solaranlagen und Windräder Strom im Überfluss – so viel, dass der Marktpreis ins Negative rutschte. In der Praxis bedeutete das: Stromerzeuger mussten Geld zahlen, um ihren Strom loszuwerden. Ein absurder Zustand, der längst kein Einzelfall mehr ist. Laut Bundesnetzagentur gab es 2024 insgesamt 457 Stunden mit negativen Strompreisen. Das ursprüngliche Ziel, günstigen Strom für alle bereitzustellen, ist damit ins Gegenteil verkehrt.

Dieses Phänomen ist keineswegs auf Deutschland beschränkt. Auch Frankreich stand im April 2025 vor einem überlasteten Stromnetz. Der Netzbetreiber RTE sah sich gezwungen, einen selten genutzten Notfallmechanismus zu aktivieren und die Produktion erneuerbarer Energien zu drosseln, um das Netz zu stabilisieren. Solche Eingriffe sind teuer und zeigen, dass die Infrastruktur mit dem Tempo des Ausbaus nicht mithalten kann.

Das Fördersystem für Windkraftanlagen ist so konstruiert, dass

Betreiber auch dann Geld verdienen, wenn ihr Strom gar nicht gebraucht wird oder die Anlagen wegen Netzüberlastung abgeschaltet werden. Diese Praxis ist nicht auf Deutschland beschränkt. In den USA etwa werden Windparks bevorzugt in windreichen, aber dünn besiedelten Regionen gebaut, weil dort die Förderbedingungen besonders attraktiv sind. Der Strom muss dann über weite Strecken transportiert werden, was zu hohen Netzverlusten und zusätzlichen Kosten führt. In Texas kam es 2023 und 2024 mehrfach zu Situationen, in denen Windparks abgeregelt werden mussten, weil das Netz die Mengen nicht mehr aufnehmen konnte. Die Kosten für diese Maßnahmen landen letztlich beim Verbraucher, während die Betreiber weiterhin ihre garantierten Vergütungen erhalten.

In Deutschland ist das System besonders undurchsichtig: Die Umlagen für die Förderung erneuerbarer Energien sind in den letzten Jahren immer komplexer geworden. Während die Betreiber von Windkraftanlagen von stabilen Einnahmen profitieren, steigen die Strompreise für Haushalte und Unternehmen weiter an. Die soziale Schieflage wird dadurch verschärft, dass einkommensschwache Haushalte einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für Energie aufwenden müssen.

Ein zentrales Problem ist die geografische Verteilung der Windparks. In Deutschland wie auch in den USA und China entstehen die meisten Anlagen dort, wo der Wind am stärksten weht – oft weit entfernt von den großen Verbrauchszentren. Der Strom muss über Hunderte oder gar Tausende Kilometer transportiert werden. In China etwa sind laut Global Energy Monitor 2024 nur 55 Prozent der geplanten Wind- und Solarprojekte pünktlich ans Netz gegangen, weil der Ausbau der Übertragungsnetze nicht mit dem Bau der Anlagen Schritt hält. In anderen Ländern außerhalb der G7 und Chinas liegt die Quote sogar bei nur sieben Prozent. Projekte werden auf Eis gelegt, weil die Infrastruktur fehlt.

In Frankreich führte ein Überangebot an Solarstrom im April 2025 dazu, dass der Netzbetreiber gezwungen war, die

Produktion zu drosseln und einen teuren Notfallmechanismus zu aktivieren. Solche Maßnahmen sind keine Ausnahme mehr, sondern werden immer häufiger notwendig, um das Netz vor dem Kollaps zu bewahren.

Die Volatilität erneuerbarer Energien ist ein globales Problem. In den USA, Australien und Europa kommt es immer wieder zu sogenannten „Dunkelflauten“, in denen weder Wind noch Sonne ausreichend Energie liefern. Speicherlösungen werden zwar als Allheilmittel propagiert, doch die Realität sieht anders aus: Die installierten Kapazitäten reichen bei weitem nicht aus, um längere Schwankungen auszugleichen. In Australien mussten 2024 mehrere Großbatterieprojekte verschoben werden, weil die Kosten explodierten und die technische Integration ins Netz schwieriger war als erwartet.

Auch in Deutschland verschärft sich das Problem: An sonnigen Tagen sind viele Heimspeicher bereits mittags voll, sodass sie die Mittagsspitze der PV-Erzeugung nicht abfedern können. Die Folge sind lokale Überspannungen und Netzurückwirkungen, die das Gesamtsystem destabilisieren können. Experten wie der Energieökonom Lion Hirth warnen vor sogenannten Brownouts – regionalen Stromabschaltungen, die immer wahrscheinlicher werden.

Der Bau von Windkraftanlagen geht weltweit mit massiven Eingriffen in die Natur einher. In Deutschland werden Wälder gerodet, um Platz für neue Anlagen zu schaffen. Die Fundamente bestehen aus Tausenden Tonnen Beton, und die Zuwegungen zerstören sensible Ökosysteme. In Spanien und Portugal kam es 2024 zu heftigen Protesten, weil Windparks in Naturschutzgebieten errichtet werden sollten. Der Verlust von Lebensräumen für bedrohte Tierarten ist dabei kein Kollateralschaden, sondern eine direkte Folge der Energiepolitik.

Ein weiteres Problem ist die Entsorgung der Rotorblätter, die aus Verbundstoffen bestehen und bislang kaum recycelt werden

können. In den USA und Europa landen ausgediente Rotorblätter auf Deponien oder werden verbrannt – von echter Nachhaltigkeit kann keine Rede sein.

Die Akzeptanz für Windkraft sinkt nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern rapide. In den Niederlanden und Dänemark, einst Vorreiter der Windenergie, regt sich immer mehr Widerstand gegen neue Projekte. Die Gründe sind vielfältig: Lärmbelastung, Infraschall, Wertverlust von Immobilien und die Zerstörung von Landschaften führen zu wachsendem Unmut in der Bevölkerung. Die Politik reagiert oft mit Ignoranz oder versucht, Kritiker als egoistische „NIMBYs“ (Not in my backyard) zu diffamieren. Doch wenn die Energiewende gegen den Willen der Menschen durchgesetzt wird, droht sie ihre gesellschaftliche Legitimation zu verlieren.

Fazit: Zeit für eine ehrliche Bilanz

Der massive Ausbau der Windkraft bei gleichzeitigem Stromüberschuss ist kein Zeichen von Fortschritt, sondern Ausdruck einer kopflosen Energiepolitik, die Probleme verschärft, statt sie zu lösen. Was weltweit fehlt, ist eine intelligente Abstimmung von Erzeugung, Verbrauch und Speicher. Die Erfahrungen aus Deutschland, Frankreich, den USA und China zeigen, dass der blinde Ausbau erneuerbarer Energien ohne Rücksicht auf Infrastruktur, Netzstabilität und gesellschaftliche Akzeptanz zu massiven Problemen führt. Es ist höchste Zeit, die Energiewende neu zu denken – mit mehr Vernunft, Ehrlichkeit und Respekt vor Mensch und Natur.

Quellen:

Saurugg, 2024: Stromüberschuss – warum unregulierte Solarerzeugung zum Problem wird

<https://www.saurugg.net/2024/blog/stromversorgung/stromueberschuss-warum-ungeregelte-solarerzeugung-zum-problem-wird>

Global Energy Monitor, 2025: Wind- und Solarjahr 2024 im

Rückblick

<https://globalenergymonitor.org/de/report/wind-and-solar-year-in-review-2024>

Klyma, 2024: Probleme bei der Energiewende

<https://www.klyma.de/blog-posts/probleme-bei-der-energiewende-herausforderungen-und-losungsansatze-mit-klyma>

DW, 2025: Solar, Windkraft und Batterien boomen: Reicht das?

<https://www.dw.com/de/photovoltaik-windkraft-batterien-boomen-global-energie-wird-g%C3%BCnstig-reicht-das-f%C3%BCr-das-klima/a-71384451>

Startup-News, 2024: Die Herausforderungen der Windkraft

<https://startup-news.de/technologie/fortschritt-oder-flaute-was-die-windkraft-ausbremst/>